

MARTIN JANSSEN

Wohlstand in der Schweiz



Dass sich die Schweiz in den letzten 200 Jahren vom Armenhaus zum reichsten Land Europas entwickelt hat, ist nicht einem Zufall der Geschichte, sondern der Umsetzung weniger Prinzipien zu verdanken.

1. Entscheidungen sollen in Wirtschaft und Politik möglichst dezentral getroffen werden. 2. Jene, die entscheiden, sollen die Konsequenzen tragen. 3. Konflikte zwischen Demokratie und Wirtschaft sollen nur dann zugunsten der Politik entschieden werden, wenn echte «kollektive» Güter (Militär, Gerichte etc.) betroffen sind. 4. Der Bürger soll sich darauf verlassen können, dass der Staat sein Leben und Eigentum schützt. 5. Auch politische Entscheidungen sollen auf der Basis von Kosten und Nutzen und entsprechenden Marktpreisen getroffen werden. Aus diesen Prinzipien folgt: Die Menschen sind frei, mit anderen Menschen Verträge abzuschliessen, um ihre Ziele zu verfolgen, solange Dritte nicht direkt betroffen sind. Und in der Politik sind Entscheidungen in der Gemeinde anzusiedeln und erst dann, wenn es nicht mehr anders geht, auf den Kanton oder gar den Bund

zu übertragen. (Der Versuch der Familieninitiative, Kinderkrippen auf der Stufe Bund zu regeln, war geradezu exemplarisch absurd!)

«Wir müssen lernen, die Resultate, die im freien Markt entstehen, zu akzeptieren»

Klar, es gibt immer scheinbar gute Argumente, um von diesen Prinzipien abzuweichen. Wir müssen aber lernen,

diesem Machbarkeitswahn aus drei Gründen zu widerstehen: 1. Wir können die Konsequenzen neuer Regulationen nicht wirklich abschätzen. 2. Jede neue Regelung lässt uns tiefer ins Gestrüpp von Unfreiheit und Regulation absinken und ruft nach neuen Bestimmungen. 3. Die Menge an bürokratischen Auflagen und Bestimmungen ist schon heute viel zu gross und erschwert die Schaffung von Wohlstand.

Die EU bietet der Schweiz seit Jahren Anschauungsunterricht, wie eine Verletzung der genannten Prinzipien zu Arbeitslosigkeit, Hungerlöhnen, staatlichem Raub von Bankeinlagen und Pensionsgeldern, zu Kapitalverkehrskontrollen, sozialer Unrast etc. führen. Die Schweiz tut gut daran, diesen Anschauungsunterricht ernst zu nehmen. Wir müssen lernen, die Resultate, die im freien Markt entstehen, zu akzeptieren, auch wenn das hin und wieder schwer ist. Aber wir müssen uns gegen die Probleme, die staatliche Vorschriften in der Altersvorsorge, in der Krankenpflege, bei der Energie, bei den Banken etc. verursachen, mit intellektuellem Widerstand und mit politischen Mitteln wehren.